



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

08.10.2024	energate Messenger: BASE empfiehlt neues Datum für Endlager-Entscheidung	3
08.10.2024	AZ online (Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide): Niedersachsen will Gorleben ab 2025 zurückbauen	4
08.10.2024	noz.de (Neue Osnabrücker Zeitung): Aktivisten schlagen Alarm: Ist Gorleben unzureichend vor Terrorangriffen geschützt?	5
08.10.2024	Berliner Kurier: Rätselhafte Karte: Wird Berlin ein Endlager für Atommüll?	7

BASE empfiehlt neues Datum für Endlager-Entscheidung

Berlin (energate) - Eigentlich sollte bis 2031 die Standortentscheidung für die Endlagerung von Atommüll in Deutschland gefallen sein, so sieht es das Gesetz vor. Schon länger ist absehbar, dass diese Zielmarke wohl deutlich überschritten wird. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) hält eine Entscheidung bis 2046 für ambitioniert, aber realistisch. Nun gilt es das geplante Beteiligungsverfahren anzupassen. In einem Beteiligungskonzept hat das BASE verschiedene Formate erarbeitet, um die Bevölkerung und Kommunen über das Fortkommen

der Standortsuche zu informieren und sie daran zu beteiligen. Neben den Regionalkonferenzen und der Fachkonferenz "Rat der Regionen" sind auch verschiedene Foren und Dialogformate geplant, um die Bürger:innen regional, aber auch bundesweit über den Stand der Dinge zu informieren und ihnen die Chance zur Anhörung zu geben. Phase zwei ab Ende 2027 Des Weiteren soll es auch Formate geben, die die Belange der Kommunen mit Zwischenlagerstandorten abbilden. Und auch die Kommunikation mit Nachbarländern soll verbessert werden. Alle Maßnahmen bezie-

hen sich auf die erste Phase der Endlagersuche. Diese soll voraussichtlich Ende 2027 abgeschlossen werden. In Phase zwei folgt dann die übertägige Erkundung der Standortregionen. In der dritten und letzten Phase schließt sich dann eine untertägige Erkundung an. Das Beteiligungskonzept wird am 10. Oktober offiziell vorgestellt werden und liegt energate bereits vor. Es ist Teil der Strategie für die Ausgestaltung der Beteiligung bei der Endlagersuche. /Im

Wörter: 222

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Mediengattung: Online News

Visits (VpD): 10,59 (in Mio.)¹

Weblink: <https://www.az-online.de/niedersachsen/niedersachsen-will-gorleben-ab-2025-zurueckbauen-zr-93343209.html>

¹ von PMG gewichtet 07-2024

Niedersachsen will Gorleben ab 2025 zurückbauen

Das Salzbergwerk Gorleben im Wendland ist als Endlager für Atommüll vom Tisch. Doch der Rückbau verzögert sich. Niedersachsen will zügig einen Schlusstrich ziehen. Noch hakt es aber an einer Stelle.

Gorleben - Nach den Verzögerungen beim Rückbau des Salzbergwerks Gorleben will Niedersachsen nun zügig mit den Arbeiten am Castor-Standort beginnen. „Ich setze darauf, dass das Kapitel Gorleben nun wirklich geschlossen wird und erwarte, dass dies nun beschleunigt erfolgt“, sagte Umweltminister Christian Meyer (Grüne) bei einem Besuch des Zwischenlagers für radioaktiven Abfall im Wendland. „Spätestens Anfang 2025 muss der Rückbau beginnen, damit das Vertrauen in der Region wiederhergestellt wird.“

Bezahlen müsste das nach Angaben des Ministeriums allerdings der Bund. Dafür müsse Berlin nun auch die Mittel im Haushalt zur Verfügung stellen, sagte eine Sprecherin. Früheren Angaben zufolge fallen für das gestoppte Endlagerprojekt in Gorleben insgesamt Kosten von mehr als zwei Milliarden Euro an.

Nach jahrelangem Streit war der Salzstock Gorleben im Jahr 2020 aus der Endlagersuche für Atommüll herausgefallen. Wegen fehlender Genehmigungen hatte sich der Rückbau zuletzt aber verzögert. Ziel sei es, dass die Stilllegungsgenehmigung bis Jahresende erteilt werde, kündigte Meyer an. „Der Salzstock in Gorleben ist als Endlager ungeeignet und muss nun schnell verfüllt werden“, betonte der Minister. Daher müsse zügig mit dem Rückbau begonnen werden. „Das Misstrauen in der Bevölkerung kann ich sonst gut nachvollziehen.“

Genehmigung für Zwischenlager soll verlängert werden

Gorleben soll aber länger als bisher geplant als Zwischenlager in Betrieb bleiben. Die bisherige Genehmigung läuft 2034 aus. „Wir werden in Gorleben rechtzeitig eine neue Genehmigung beantragen“, kündigte die Chefin der bundeseigenen Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), Bettina Hesse, bei dem Minister-Besuch an. Das gelte aber nicht nur für Gorleben, sondern auch für alle anderen Standorte bundesweit.

Grund ist die weiter andauernde Suche nach einem Endlager. Das Bundesumweltministerium geht davon aus, dass erst bis 2050 ein Standort gefunden sein wird. Gorleben hat ein Lager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle sowie ein Lager mit Transportbehältern mit hochradioaktivem Müll (Castorlager).

Anwohner fürchten langen Weiterbetrieb

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) hatte sich zuvor besorgt gezeigt, Gorleben könnte noch lange als Zwischenlager genutzt werden. Ursprünglich habe der Rückbau Mitte 2024 beginnen sollen. „Es könnte auch sein, dass man einen Plan B verfolgt und es deshalb offenhält“, sagte Wolfgang Ehmke, Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) der Deutschen Presse-Agentur. „Wir haben Angst, dass aus der Zwischenlagerung eine Langzeitlagerung wird für 80 bis 100 Jahre.“

Einem Vorstoß aus Bayern, alle 16 bundesweiten Zwischenlager in Gorleben zu bündeln, erteilte Meyer erneut eine

Absage. „Dazu sage ich klar: Gorleben wird kein Standort für bayerischen Atommülltourismus“, sagte der Grünen-Politiker. „Es fehlt nicht nur der Platz, um alle Castoren aus Deutschland jetzt oberirdisch in Gorleben zu lagern, sondern es wäre auch völlig verantwortungslos.“

Im August hatte der Landrat des bayerischen Landkreises Landshut, Peter Dreier von den Freien Wählern, für Empörung in Niedersachsen gesorgt. Er schlug vor, die bundesweit 16 Zwischenlager in Gorleben zu vereinen. Umweltminister Meyer hatte das damals als „Dreistigkeit und Unverschämtheit“ verurteilt.

Schutzwand und Flugverbotszone gegen Angriffe

Nach Angaben der BGZ soll Gorleben durch Baumaßnahmen besser geschützt werden, zum Beispiel gegen mögliche Terrorangriffe. Aus Sicht der Atomkraftgegner reicht jedoch eine zehn Meter hohe Mauer rund um die Halle mit hochradioaktiven Abfällen nicht aus. „Uns interessiert, wer zuständig ist, was die Abwehr von Drohnenangriffen angeht“, sagte Ehmke.

Meyer forderte bei seinem Besuch nun eine Flugverbotszone über dem Zwischenlager. „Hier darf es keine Sicherheitsrabatte geben.“ Laut BGZ soll darüber hinaus eine neue Sicherheitszentrale für den Werkschutz in Gorleben gebaut werden. Danach könne die sogenannte Pilotkonditionierungsanlage (PKA) stillgelegt und abgerissen werden. dpa

Abbildung:

Atomkraftgegner befürchten, dass in Gorleben länger Atommüll gelagert wird als angekündigt. (Archivbild)

Fotograf/-in:

© Philipp Schulze/dpa

Wörter:

585

Autor/-in: Stefan Idel
Mediengattung: Online News

Visits (VpD): 0,321 (in Mio.)¹
Unique Users (UUpD): 0,049 (in Mio.)²

Weblink: <https://www.noz.de/deutschland-welt/niedersachsen/artikel/gorleben-ist-das-endlager-aktuell-sicher-47835363>

¹ von PMG gewichtet 07-2024

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Verzögerung beim Rückbau

Aktivisten schlagen Alarm: Ist Gorleben unzureichend vor Terrorangriffen geschützt?

Eigentlich hätte der Rückbau des Zwischenlagers schon in diesem Jahr beginnen sollen. Doch fehlende Genehmigungen verzögern den Prozess. Christian Meyer, einst Aktivist, heute niedersächsischer Umweltminister, wollte bei einem Ortstermin den Vertretern einer Bürgerinitiative die Sorge nehmen. Ganz gelungen ist es ihm nicht.

Als Umweltaktivist hat sich Christian Meyer vor knapp 20 Jahren auf die Schienen gesetzt, um einen Atomtransport nach Gorleben zu stoppen. In seiner Funktion als niedersächsischer Umweltminister spricht der 49-jährige Grünen-Politiker an diesem Montag im Wendland erstmals mit Vertretern der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI). Schlagartig weist BI-Vorsitzender Martin Donat den Minister unweit des Gorlebener Salzstocks auf seine neue Rolle hin: „Du bist jetzt Atomaufsicht!“ Die Atomgegner konfrontieren Meyer mit etlichen Problemen. Zwar ist nach jahrelangem Streit der Salzstock Gorleben im Jahr 2020 aus der Endlagersuche für hoch radioaktive Abfälle herausgefallen. „Doch der Rückbau hätte schon in diesem Jahr beginnen sollen“, erklärt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Die Offenhaltung koste 20 Millionen Euro pro Jahr. Ehmke befürchtet, dass man einen „Plan B“ verfolgt und deshalb noch nicht mit der Verfüllung des Salzstocks begonnen hat. Vorschläge eines Landrats aus Bayern, wonach die mehr als 1200 Castorbehälter mit Atom-müll, die derzeit in den 16 deutschen Zwischenlagern stehen, nach Gorleben gebracht werden könnten, nähren Ehmkes Skepsis.

Realtest für den Fall eines Drohnenangriffs gefordert

Die BI sowie Susanne Gerstner, Landesvorsitzende des Bunds für Umwelt und

Naturschutz (BUND), weisen den Umweltminister auf erhebliche Sicherheitsbedenken hin. Keines der Zwischenlager sei ausreichend vor Terror- oder Drohnenangriffen geschützt. Zudem fehlten dringend notwendige Reparatur- und Inspektionsmöglichkeiten für die Castorbehälter. Peter Widmayer von der BI fordert mehr Realtests mit den Behältern. Sie halten nach seinen Angaben nur Temperaturen von 800 Grad stand. Sollte aber ein Flugzeug über dem Zwischenlager abstürzen und Kerosin brennen, lägen die Temperaturen bei 1900 Grad. In Gorleben stehen 113 dieser Castorbehälter in einer Halle, deren Genehmigung 2034 ausläuft.

Susanne Gerstner, Landesvorsitzende vom BUND Niedersachsen, kritisiert den unzureichenden Schutz von Zwischenlagern Foto: IMAGO/Kai Horstmann

Meyer versteht die Ungeduld der Bürgerinitiative. „Der Salzstock in Gorleben ist als Endlager ungeeignet und muss nun schnell verfüllt werden“, betont er. Wegen fehlender Genehmigungen habe es Verzögerungen am Zeitplan gegeben. Sein Umweltministerium werde zusammen mit dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) und der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) alles dafür tun, bis Jahresende 2024 die Stilllegungsgenehmigung zu erteilen und dann unverzüglich mit der Verfüllung des Salzstocks zu beginnen. Anfang 2025 solle dann der Rückbau beginnen. Er soll etwa zehn Jahre dauern.

Atommüll-Tourismus und Flugverbote

Zudem spricht sich der Minister gegen einen Atommüll-Tourismus in Deutschland aus. Der wäre „völlig verantwort-

ungslos“. Auf einer Fläche von 5000 Quadratmetern gebe es in Gorleben ohnehin nur 420 Stellplätze für Transportbehälter. Also fehle der Platz für alle deutschen Atomboxen. Zum Schutz gegen Angriffe aus der Luft fordert Meyer eine Flugverbotszone über dem atomaren Zwischenlager. Hier dürfe es keinen „Sicherheitsrabatt“ geben. Gorleben sei das einzige Zwischenlager für hoch radioaktiven Atommüll in Niedersachsen ohne Flugverbotszone.

Ende November 2011 rollte der letzte Castortransport nach Gorleben. Seit 2019 ist die BGZ (Gesellschaft für Zwischenlagerung) zuständig. Für gut 20 Millionen Euro lässt diese gerade eine zehn Meter hohe Schutzmauer an dem Zwischenlager errichten. Hintergrund sind neue Sicherheitsvorkehrungen. „Was soll eine zehn Meter hohe Mauer, wenn die Lagerhalle 21 Meter hoch ist?“, so die Frage. Es gehe unter anderem um Angriffe mit Fahrzeugen, heißt es. Die Castorbehälter, die eine 40-jährige Zulassung haben, würden größeren Attacken standhalten. Für den äußerst unwahrscheinlichen Fall, dass es zu einem Flugzeugabsturz kommen sollte, wird derzeit eine „Kerosin-Rinne“ gebaut, damit der explosive Treibstoff schnell abfließen kann.

Gorleben ist übrigens das erste Zwischenlager, für das die Betriebsgenehmigung verlängert werden muss. Laut BGZ soll bereits im nächsten Jahr dafür die Öffentlichkeitsbeteiligung starten.

In Begleitung von BGZ-Geschäftsführerin Bettina Hesse sieht sich Meyer auch die sogenannte Pilotkonditionierungsanlage (PKA) an. Hinter dicken Betonwänden und Spezialtüren sollten hier probeweise der strahlende Abfall aus den 136 Tonnen schweren Castoren in kleinere Behälter verpackt, also für eine Endlagerung „konditioniert“ werden.

Die Anlage ist noch in Betrieb, weil hier die sechs Meter hohen Atombehälter verschiedenster Bauarten getestet und auf mögliche Durchlässigkeit untersucht werden können, so ein Fachmann der BGZ. Einmal im Jahr komme der TÜV. Der Betrieb der PKA koste den Steuerzahler rund 7 Mio. Euro pro Jahr. Meyer bekräftigt seine Erwartung, dass der Rückbau der PKA nun zügig beginne. „Das Misstrauen in der Bevölkerung kann ich sonst gut nachvollziehen.“ Da ist der Grüne wieder ganz bei den Atomgegnern. Dieser Artikel erschien zuerst in der [Nordwest Zeitung](#).

Abbildung: Atomgegner im Wendland drängen auf schnellen Rückbau von Gorleben, während Umweltminister Christian Meyer die Verzögerungen und nötigen Genehmigungen verteidigt.

Fotograf-in: Foto: IMAGO/Steinach

Abbildung: Susanne Gerstner, Landesvorsitzende vom BUND Niedersachsen, kritisiert den unzureichenden Schutz von Zwischenlagern

Fotograf-in: Foto: IMAGO/Kai Horstmann

Wörter: 748

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Berliner Kurier

Rätselhafte Karte: Wird Berlin ein Endlager für Atommüll?

8. Oktober 2024 15:34

[Originalartikel](#) (Online Website)

Atommüll im Berliner Untergrund? Kling nach einem schlechten Hollywood-Film, könnte aber Wirklichkeit werden ...
